

# Protokoll der 68. LandesschülerInnenkonferenz am 09.07.2016 in der Gedenkstätte KZ Osthofen

Samstag, 09.07.2016

Offizieller Beginn ist für 10.00h angesetzt. Es findet nach den Grußworten eine kurze Einweisung für LSK-ErstgängerInnen statt.

## TOP 1 Begrüßung, Grußwort(e)

Jim Preuß (Landesvorstandsmitglied) eröffnet die Konferenz, begrüßt die Delegierten und Gäste und Herr Bader. Herr Bader (Leiter der Gedenkstätte) begrüßt uns herzlich in der Gedenkstätte KZ Osthofen und erzählt einiges über die Geschichte des KZs.

## TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von 111 Delegierten sind 23 anwesend. Für die Beschlussfähigkeit sind 58 Delegierten notwendig. Die 68. LandesschülerInnenkonferenz ist somit nur in den vertagten Tagesordnungspunkten beschlussfähig.

## TOP 1 Wahl des Präsidiums

KandidatIn	Amt	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Anna-Claire Nothof	PräsidentIn	22	0	1	nimmt Wahl an
Marius Busalt	stellv. PräsidentIn	15	0	2	nimmt Wahl an
Helena Riedel	technische AssistentIn				
Liza Leixner	stellv. technische Assistentin				
Kevin Pflaum	stellv. Protokollant				
Paula Engel	stellv. Protokollantin				
		22	0	0	alle nehmen Wahl an

→GO-Antrag: Blockwahl → Keine Gegenrede

Die Präsidentin übernimmt die Konferenz.

## TOP 1 Wahl der Antragskommission

KandidatIn	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Jim Preuß				→ Vertreter
Alex Kouril				

Simon Smolarczyk				
Cedric Ganzer				
	22	0	0	alle gewählt

→ GO-Antrag: Blockwahl → Keine Gegenrede

### TOP 1 Beschluss der Tagesordnung

Vorläufige Tagesordnung:

Samstag, 09.08.2016		
TOP	Zeit	Sache
1	10.00	Begrüßung, Grußwort(e) (Einweisung für LSK-ErstgängerInnen)
		Feststellung der Beschlussfähigkeit
		Wahl der Antragskommission
		Ggf. Nachwahl des Präsidiums
		Beschluss der Tagesordnung
		Genehmigung des Protokolls der 66. LSK (vertagt)*
		Genehmigung des Protokolls der 67. LSK
2	11.00	Antragsbehandlung
3	16.00	Entlastung/Nachwahlen*
4	17.30	Anträge an die 68. LSK *

Keine Änderungsvorschläge.

Abstimmung	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Tagesordnung	22	0	0	angenommen

### TOP 1 Genehmigung des Protokolls der 66. LSK (vertagt)\*

Keine Änderungsvorschläge.

Abstimmung	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Protokoll 66. LSK	16	0	5	angenommen

### TOP 1 Genehmigung des Protokolls der 67. LSK

Keine Änderungsvorschläge.

Abstimmung	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Protokoll 67. LSK	14	0	7	angenommen

### TOP 2 Anträge an die 67. LSK\*

→ GO Antrag: Rederecht für GästInnen → formelle Gegenrede: Ja 20 Nein 0 Enth. 0 → angenommen

#### **Antrag VS 1: KassenprüferInnen**

Antragsteller: Dennis Feldmann (SSV Koblenz)

Antragstext:

*Streiche in „18. Die LSK wählt zu Beginn jedes Schuljahres zwei KassenprüferInnen aus ihrer Mitte [...]“ den Satzteil „aus ihrer Mitte“*

Änderungsantrag 67. LSK:

*ÄA 1: Füge hinzu „...“, die Schüler\*innen aus Rheinland-Pfalz sind, [...]“ → vom Antragsteller übernommen*

Antrag VS 1	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	17	0	4	angenommen

→ Verfahrensvorschlag DelegierteR: Anträge nochmal vortragen

#### **Antrag VS 2: Basisbeauftragte**

Antragsteller: Dennis Feldmann (SSV Koblenz)

Antragstext: *Ändere „35. Zudem sollen gewählt werden: a) mindestens drei Basisbeauftragte, [...]“ in „35. Zudem sollen gewählt werden: a) bis zu drei Basisbeauftragte, [...]“*

Änderungsanträge der 67.LSK:

*ÄA1: Streiche „bis zu“ → hinfällig*

*ÄA2: Streiche „bis zu“ und ersetze durch „idealerweise“ → hinfällig*

*ÄA3: Streiche „mindestens 3“ und ersetze durch „mindestens 2 idealerweise 3“ → verschoben*

*ÄA4: Streiche „mindestens 3“ → verschoben*

*ÄA5: Streiche alles und ersetze durch „es können mindestens 2 oder idealerweise 3 Basisbeauftragte gewählt werden, dieses kann aber durch die Satzung der jeweiligen Kreis/SV-Satzung selbst bestimmt werden, [...]“ → vom Antragsteller übernommen*

Antrag VS 2	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	14	2	5	angenommen

#### **Antrag VS 3: Wahl von StellvertreterInnen**

Antragsteller: Dennis Feldmann (SSV Koblenz)

Antragstext: *Füge in 35 neu ein „c) für jedes Amt entsprechend selbe Zahl Ersatzdelegierte.“*

Änderungsanträge der 67.LSK:

ÄA1: *Streiche „entsprechend selbe Zahl“ → zurückgezogen*

ÄA2: *Streiche „entsprechend“ und ersetze durch „mindestens“ → vom Antragssteller übernommen*

ÄA3: *Streiche „für jedes Amt“ und ersetze durch „für die Delegation zur LSK“ → Abstimmung: Ja: 0, Nein: 19, Enthaltungen: 10 → abgelehnt*

Antrag VS 3	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	14	0	5	angenommen

**Antrag VS 4: Landesrat**

Antragsteller: Dennis Feldmann (SSV Koblenz)

Antragstext: *Ändere „37. Der Landesrat ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den LSKen.“*

*In „37. Der Landesrat ist das höchste beratende Organ der LSKen und des Landesvorstandes, sowie Beratung und Beschlussfassung von vertagten Anträgen.“*

Änderungsanträge der 67.LSK:

ÄA1: *Streiche „sowie“ und ersetze durch „und dient zur“ → vom Antragssteller übernommen*

ÄA2: *Streiche „und Beschlussfassung“ → Abstimmung: Ja: 10, Nein: 2, Enthaltungen: 19 → angenommen*

Antrag VS 4	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	0	19	2	abgelehnt

**Antrag VS 5: Landesrat**

Antragsteller: Dennis Feldmann (SSV Koblenz)

Antragstext: *Ändere „38. Der Landesrat (LaRa) setzt sich aus 36 gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen zusammen. [...]“*

*In „38. Der Landesrat (LaRa) setzt sich aus 36 gleichberechtigten Vorstandsmitglieder der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen zusammen, die durch die entsprechenden Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen gewählt werden. [...]“*

Antrag VS 5	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	0	16	3	abgelehnt

→ GO-Antrag: Verschiebung Anträge Frauenstatut nach vertagten Anträgen → keine Gegenrede

→ GO-Antrag: Leichte Sprache → keine Gegenrede

## Antrag VA 1: Für eine pluralistische Gesellschaft

Antragsteller: Jim Preuß

Antragstext:

Die LandesschülerInnenvertretung betrachtet die aktuelle Entwicklung des politischen Spektrums als sehr kritisch. Die zunehmende Radikalisierung der Mitte führt zu einer Spaltung der Gesellschaft. Indem sich große Gruppierungen voneinander distanzieren und die Möglichkeit von demokratischer Auseinandersetzung außeracht lassen entfernen wir uns von dem Ziel des friedlichen Zusammenlebens. Besonders die Gewalt gegen Geflüchtete, eine Gesellschaftsgruppe die auf unsere Hilfe angewiesen ist, ist zu verurteilen. Alltagsrassismus und Stammtischparolen bieten einen Raum in dem es einfach ist, rechtsradikale Meinungsbilder weiter zu verbreiten. Diese schleichende Diskriminierung kann so nicht akzeptiert werden. Die Gesellschaft muss vermehrt gegenüber Diskriminierung und über die Folgen ihrer Worte aufgeklärt und sensibilisiert werden. Gerade in der Schule müssen wir dies schon früh und verstärkt thematisieren. Wir fordern eine Schulpolitik, die die Vorteile einer multikulturellen Gesellschaft betont und diese bestmöglich nutzt. Dies soll sowohl durch die Beleuchtung gesellschaftlicher Konflikte als auch durch die Behandlung von Alltagskonflikten der SchülerInnen erfolgen. Eine intolerante Abgrenzung von anderen oder eigenen Gruppen soll durch die vermehrte Schulung des demokratischen Verständnisses vermieden werden. „Argumente vor Gewalt“ und „kooperative statt kompetitive Diskussion“ soll nicht nur per Regelwerk festgelegt, sondern verstanden, gewollt angewandt und gelebt werden. Dazu gehört primär eine Kommunikation mit Geflüchteten, in und außerhalb Schule, im privaten und politisch, nicht um sich bloß zu informieren, sondern um diese aktiv mitentscheiden und am Meinungsbildungsprozess teilhaben zu lassen. Die LSV setzt sich für eine pluralistische Gesellschaft ein in der die Chancen, die mit Zuwanderung, Integration und Diversität kommen, genutzt werden. Wir werden nicht trotz, sondern durch den Einfluss von uns Fremden, ethnisch, kulturell oder politisch, eine bessere Gesellschaft.

Antrag VA 1	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	19	1	1	angenommen

## Antrag VA 2: Digitale Schulbücher

Antragsteller: Jim Preuß

Antragstext:

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz spricht sich für die verpflichtende Einführung von digitalen Schulbüchern und die damit einhergehende Abschaffung aller herkömmlichen Bücher und Arbeitsblattkopien aus dem Unterricht aus. Die Bereitstellung dieser Medien muss Barrierefrei für alle SchülerInnen sein, das heißt kostenfrei und unter Berücksichtigung aller lernbehindernden Faktoren einzelner SchülerInnen. Die Inhalte digitaler Schulbücher sollen die Möglichkeiten der digitalen Darstellung nutzen und interaktive Elemente in den Unterricht bringen. Es soll keine bloße Übertragung der alten Textbücherinhalte stattfinden.

Änderungsanträge der 67.LSK:

ÄA1: *Hinzufügen (am Ende)* „sondern mit z.B. interaktiven Darstellungen gestaltet werden. Lehrer\*innen sollen, um digitale Schulbücher sinnvoll zu benutzen, Fortbildungen besuchen“ → vom Antragssteller übernommen

ÄA2: *Hinzufügen* „[digitalen Schulbüchern] in Form von „Tablets“ ein“ → zurückgezogen

ÄA3: *Ersetzen alle* „digitale Schulbücher“ in „Lehrmaterialien“ → vom Antragssteller übernommen

ÄA4: *Streiche Erster Satz und ersetze durch:* „Die Landesschüler\*innenvertretung Rheinland-Pfalz setzt sich für die verpflichtende Einführung von digitalen Schulbüchern in der Oberstufe und die damit einhergehende Abschaffung aller herkömmlichen Büchern und Arbeitsblattkopien aus dem Unterricht aus.“ → Abstimmung: Ja: 3, Nein: 29, Enthaltungen: 3 → abgelehnt

Antrag VA 2	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	19	0	3	angenommen

### **Antrag VA 3: Live-Stream der LSK**

Antragsteller: Jim Preuß

Antragstext:

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz soll ihre LandesschülerInnenkonferenzen live über das Internet für alle Interessierten und besonders alle Schüler\*innen in Rheinland-Pfalz übertragen. Damit soll für größere Transparenz und Basisinteraktion (zum Beispiel über eine Twitterwall) gesorgt werden. Jede\*r Schüler\*in sollte sich bestmöglich am demokratischen Prozess beteiligen können.

Änderungsanträge der 67.LSK:

ÄA1: *Streiche „Twitterwall“ und ersetze durch „fillip“* → vom Antragsteller übernommen

Änderungsanträge an die 68.LSK:

ÄA1: Ergänze in Z. 3 nach einer 2/3 Abstimmung. → vom Antragsteller übernommen

ÄA2: Ergänze „Die Auswahl des Tagungsortes soll dadurch nicht eingeschränkt werden und geht vor.“ → vom Antragsteller übernommen

Antrag VA 3	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	3	MaS	2	abgelehnt

→ GO-Antrag: auf Schließung der Redeliste → Formelle Gegenrede: Ja: 8 Nein: 6 Enth. 6 → angenommen

→ GO Antrag: RaucherInnenpause auf 5 min → Formelle Gegenrede: Ja: 9 Nein: 1 Enth. 10 → angenommen

### **Antrag VA 7: Kommunikationsgrundsatz**

AntragstellerInnen: Jim Preuß, Nora Orlob

Antragstext:

Der Landesvorstand der LandesschülerInnenvertretung soll in seiner Kommunikation zu Organisationen und Parteien keine politische Ausrichtung grundsätzlich ausschließen. Er muss immer eine klare Haltung gegenüber allen Arten von Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung zeigen und darf in Bezug auf das Grundsatzprogramm keine Kompromisse in seiner politischen Botschaft eingehen. Gleichzeitig darf die LSV selbst keine Ausgrenzung von Menschen betreiben. Unabhängig von seiner Haltung, egal wie sehr diese abzulehnen ist, ist es jeder Mensch wert, sich mit ihm politisch auseinander zu setzen.

Dieser Grundsatz ist die Basis für demokratisches Handeln. In dem Moment in dem eine Gesellschaft versucht politisch ungewollte Gruppen aus der Diskussion auszuschließen gibt sie den Betroffenen in ihrem Argument, nicht angehört zu werden, recht und legitimiert für sie eine Anti-System Haltung, die mit nicht System konformen Mitteln werden kann. Als unparteiische Interessenvertretung ist es die Aufgabe der LSV,

politisch zu überzeugen wo es möglich und sinnvoll ist. Gerade bei Gruppierungen, die in Konflikt mit dem Grundsatzprogramm stehen ist dies wichtig. Die Entscheidung, nicht mit bestimmten Gruppen zu reden, kann getroffen werden, weil diese zu klein sind, um relevant zu sein oder weil Gespräche in der Vergangenheit nicht produktiv waren, nicht aber im Vorhinein, weil sie zu stark von uns abweichen. Besonders wichtig ist dies, wenn die angesprochenen Themen nichts mit den Konfliktthemen zu tun haben. Zu demokratischem Diskurs gehört Konsensfindung, auch wenn dieser nicht groß ist.

Gerade in Bezug auf Mitglieder des Landtages geht es um wichtige Einzelstimmen. Mensch überzeugt keine feststehenden Parteiprogramme oder Ideologien. Mensch überzeugt Menschen. Jeder Mensch ist es wert überzeugt zu werden. Die LSV soll sich weitergehend dafür einsetzen, dass diese Haltung der offenen Auseinandersetzung auch von anderen Gruppen und Parteien übernommen wird, um gesellschaftlich eine demokratische Handlungsweise zu fördern.

#### Änderungsanträge der 67.LSK:

ÄA1: *Streiche in Zeile 16* „weil [...] um relevant zu sein oder“ → Abstimmung: Ja: 6, Nein: 7, Enth.: 7 → abgelehnt

#### Änderungsanträge an die 68.LSK:

ÄA1 zu VA7: (fehlt) → Abstimmung: Ja: 8, Nein: 9, Enth.: 4 → abgelehnt

ÄA2 zu VA7: Ersetze in Z. 13 unparteiische zu überparteiische → vom Antragsteller übernommen

### **Antrag VA 8: Rechtspopulismus ist keine Alternative für Deutschland!**

AntragstellerInnen: Jessica Lein, Dennis Feldmann

#### Antragstext:

Auf Tiefste besorgt, beobachtet die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz den stärker werdenden Rechtspopulismus in Deutschland, der unter anderem im Wahlergebnis der Alternative für Deutschland bei der Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz (12,6%!) manifest wird. Spätestens mit dem Führungswechsel innerhalb der AfD im Juli 2015 siegte der nationalkonservative über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel und somit ist die Partei nun eindeutig als rechtspopulistisch sowie (zumindest in Teilen) rechtsradikal, respektive völkisch und faschistisch zu klassifizieren. In den nächsten Jahren steht unsere demokratische Gesellschaft somit in ersten Herausforderungen im Kampf gegen Rassismus und Faschismus, es zeigt sich immer deutlicher, dass diskriminierende Ideologien der Ungleichheit bis weit in die Mitte der Gesellschaft Einzug gehalten haben.

Die AfD, als geistige Brandstifterin, befeuert den Rechtsradikalismus in Deutschland und ist somit auch dafür verantwortlich, dass tagtäglich in Deutschland rechtsterroristische Anschläge zu beklagen sind, weil sich diese Faschistinnen und Faschisten, die Pogrome gegen unschuldige und wehrlose Menschen veranstalten, durch das, was die AfD vertritt, legitimiert fühlen. Die Alternative für Deutschland schlägt durch menschenverachtende Hetze Profit aus der Situation von Geflüchteten vor Krieg und Terror. Nationalismus, Rassismus, Sexismus sowie alle weiteren Kategorien von Diskriminierung sind keine Alternative! Die LSV muss mit aller Kraft dagegen kämpfen, dass menschenverachtende Einstellungen wie der salonfähig werden. Die AfD achtet weder Menschenrechte, noch die Menschenwürde, wer mit ihr in den Diskurs tritt, muss so über Errungenschaften unserer demokratischen Gesellschaft diskutieren, die indiskutabel sein sollten, und bietet der Partei eine Bühne, ihrer Hetze noch stärker zu verbreiten.

Auch die reaktionären bildungspolitischen Forderungen der AfD stehen allem entgegen wofür sich die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz seit Jahren einsetzt: Sie fordert sowohl den Ausbau des mehrgliedrigen Bildungssystems als auch verbindliche Grundschulempfehlungen, damit unterstützt sie eine noch schärfere Selektion der Schülerinnen und Schüler und fördert Leistungsdruck (schon in der Grundschule).

Menschen mit Behinderung möchte sie weiterhin in Förderschulen isolieren, statt Inklusion in unserem Bildungssystem voranzubringen. Eine autoritärere Schule und mehr Unterrichtsdisziplin der Schülerinnen und Schüler ist ihr Ziel. Außerdem ist für sie scheinbar nur die heteronormative Lebensweise akzeptabel, denn eine Sexualerziehung, welche die Vielfalt der menschlichen Sexualitäten thematisiert, wird von der AfD als „Frühsexualisierung“ angesehen und abgelehnt.

Daher lehnt die LSV jegliche Zusammenarbeit und Kontaktaufnahme mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD), ihrer Jugendorganisation (JA) sowie den in diesen Strukturen organisierten Personen entschieden ab. Es muss demokratischer Konsens sein, dass kein gemeinsames Wirken mit Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten möglich ist und es gilt, sie politisch zu isolieren und zu blockieren: Keine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Parteien, von nichts und niemandem, nirgendwo! Die LSV sieht sich in der Pflicht, über die Gefahren, die von der AfD für unsere demokratische Gesellschaft und im speziellen unsere Bildung ausgehen, aufzuklären und aktiv gegen sie vorzugehen. Wir rufen alle Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz dazu auf, sich an ihrer Schule und in überschulischen Bündnissen gegen die AfD sowie Rassismus, Menschenverachtung und Faschismus, welche scheinbar untrennbar miteinander verbunden sind und für Menschlichkeit und Toleranz einzusetzen und unterstützen sie dabei.

Änderungsanträge der 67.LSK:

ÄA1: *Streiche Zeile 33-44 und ersetze durch* „Daher soll die LSV aufklären, welche Position die AfD vertritt“ → Abstimmung: Ja: 1, Nein: 10, Enthaltungen: 12 → abgelehnt

Antrag VA 7 und 8	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
VA 7	15	X	X	angenommen
VA 8	3	X	X	abgelehnt

→ GO-Antrag auf Redezeit von 1 min → keine Gegenrede

→ GO-Antrag auf Aufhebung der Redezeit → inhaltliche Gegenrede: Ja: 11 Nein: 10 Enth.: 1 → nicht angenommen

→ GO-Antrag auf 5 min Pause → keine Gegenrede

→ Ruf zur Ordnung

**Antrag VA 4: Reform der Beschlusslage**

AntragstellerInnen: Jim Preuß, Joel Hankiewicz und Paula Engel

Antragstext: *Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:*

Der Landesvorstand soll die publizierte Beschlusslage sichten und bis zur nächsten LSK Dopplungen und sich widersprechende Anträge sammeln. Daraus soll eine Streichungsempfehlung an die LSK erarbeitet werden, die sich am Grundsatzprogramm orientiert. Neben dieser soll auch eine Erweiterung des Grundsatzprogramms entstehen, um bisher unberücksichtigte allgemein gehaltene Positionen ebenfalls anzuerkennen. Ferner soll die Sortierung der Beschlüsse thematisch statt nach der LSK, auf der dieser gefasst wurden, erfolgen. Neue Anträge die im Widerspruch zur aktuellen Beschlusslage stehen sollen gleichzeitig die alte Position ersetzen und deren Streichung beinhalten. Dabei ist durch den Landesvorstand zu beachten, dass die Inhalte der alten Position möglichst erhalten bleiben, falls sie nicht im Widerspruch zur neuen Position stehen. Dadurch soll die gesamte Beschlusslage übersichtlicher und leichter verständlich gemacht werden.

Antrag VA 4	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis

Endabstimmung	MaS	1	0	angenommen
---------------	-----	---	---	------------

→ GO-Antrag: VA5 als letztes behandeln → formelle Gegenrede: Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 6 → angenommen

### **Antrag VA 6: Bildungsföderalismus**

AntragstellerInnen: Jessica Lein, Joel Hankiewicz, Alexander Kouril

Antragstext: 16 Bundesländer, 16 verschiedene Bildungssysteme

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz betrachtet die derzeitige bildungspolitische Landschaft in Deutschland kritisch. Der Bildungsföderalismus verhindert ein vergleichbares deutsches Bildungssystem und schafft Mobilitätsbarrieren, die den Wechsel von dem Schulsystem eines Bundeslandes in ein anderes massiv erschweren. Ziel der LSV ist die Sicherung der Gleichwertigkeit der Bildungsqualität in den verschiedenen Bundesländern und der Bildungszugänge.

Gerade weil Bildung ein so wichtiges Gut ist, ist es unverständlich, dass Bund und Länder nicht zusammenarbeiten dürfen, um Missstände zu beseitigen. Daher fordert die LSV Rheinland-Pfalz die Abschaffung des Kooperationsverbots (Art. 91b und 104a GG) und einen kooperativen Föderalismus - sowohl in inhaltlichen als auch in finanziellen Fragen. Bildung sollte als umfassende Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz festgeschrieben werden. Insbesondere zentrale bundesweite Aufgaben, wie die Inklusion von beispielsweise Menschen mit Behinderung und Geflüchteten, müssen gemeinsam, dauerhaft und verlässlich angegangen und finanziert werden. Stattdessen werden fragwürdige Projekte, die einer einseitigen Elitenförderung gelten, unterstützt und dabei die Schaffung von sozialen Rahmenbedingungen in Form eines gleichen Bildungszugangs, gleicher Bildungschancen und einem Nachteilsausgleich vernachlässigt.

Die Kultusministerkonferenz, welche für bildungspolitische Angelegenheiten überregionale Bedeutung und dessen Vertretung zuständig ist, ist derzeit als Ständige Konferenz weder eine Behörde noch ein Verfassungsorgan und unterliegt somit keiner parlamentarischen Kontrolle und besitzt keine Rechtssetzungsbefugnis. Des Weiteren wird die Arbeit der KMK durch das Konsensprinzip ineffektiv.

Die LSV Rheinland-Pfalz fordert, die KMK als Gremium innerhalb einer Behörde, welche dem Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstellt ist, anzusiedeln. Der Deutsche Bundestag soll dieses Gremium parlamentarisch kontrollieren.

Die Position der 37. LSK, wonach die damalige LSV GG eine Abschaffung der KMK befürwortet, wird durch diesen Antrag keinesfalls angetastet, sondern stellt lediglich eine Zwischenforderung.

Streiche die Beschlüsse „Kontrolle der Kultusministerkonferenz“ (59. LSK), „Bildungsföderalismus“ (53. LSK).

Antrag VA 6	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	MaS	0	2	angenommen

### **Antrag VA 9: Gesunde Ernährung, gesundes Schulleben, aber richtig!**

Antragsteller: Alexander Kouril

Antragstext:

*Ersetze folgenden Text aus dem Beschluss „Gesunde Ernährung, gesundes Schulleben, aber richtig!“*

„Gesunde Lebensmittel und deren Zubereitung sind in 1 der Regel mit hohen Kosten verbunden, die LSV Rheinland-Pfalz sieht es als wichtig an, dass die Kosten größtenteils von dem Schulträger getragen werden, der Preis für eine warme Mahlzeit sollte 4,00€ nicht überschreiten (Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwächeren Familien sollten, wie bisher, finanziell intensiver unterstützt werden).“

*durch:* „Gutes Schulesen soll alle SchülerInnen gleichermaßen erreichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir fordern daher kostenfreies Schulesen für alle SchülerInnen. Die Kosten hierfür sollen aus staatlichen Mitteln getragen werden (z.B. Kreis / Stadt, Land, Bund) - in die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu investieren lohnt sich!“

Änderungsantrag an die 68. LSK:

AA1 Ergänze in Z. 9: „gutes, nachhaltig angebautes Schulesen“ → vom Antragsteller übernommen

Antrag VA 9	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	13	3	0	angenommen

→ Unterbrechung der Tagung bis Mittagessen

### **Antrag VA 10: SchülerInnen wollen tanzen**

AntragstellerInnen: Jim Preuß, Jessica Lein, Alexander Kouril

Antragstext: „Eine Revolution ohne Tanzen ist eine Revolution, die sich nicht lohnt!“

Die LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz setzt sich gegen öffentliche Musik- und Tanzverbote an Stillen Feiertagen, wie beispielsweise am Karfreitag, ein und sieht diese als überholt an.

Schülerinnen und Schüler möchten sich nicht von einer Religion bevormunden lassen und in ihrer Freiheit einschränken lassen. Wann und wo sie das Tanzbein schwingen, ist ihre Privatsache, diese Freiheit muss Religion aushalten können.

→ Ruf zur Sache

→ GO-Antrag: auf Schließung der Redeliste → keine Gegenrede

Antrag VA 10	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	10	7	4	angenommen

### **Antrag VA 13: Förderung von selbstverwalteten Schulsanitätsdiensten**

Antragssteller: Julian Baumann, Friedrich-Magnus-Schwerd-Gymnasium Speyer

Antragstext: Die LSV setzt sich dafür ein, dass ein von Schülern verwalteter Schulsanitätsdienst an allen weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz eingeführt und gefördert wird.

Antrag VA 13	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	MaS	0	2	angenommen

→ GO-Antrag: Vorziehen des Antrags A1 → keine Gegenrede

→ Ruf zur Ordnung

## Antrag A 1: Erinnerungskultur in Schulen

AntragstellerInnen: Marius Busalt, Nora Orlob

### Antragstext:

Die LandeschülerInnenvertretung RLP fordert eine fächerübergreifende, ganzheitliche Erinnerungskultur in der Schule. Diese soll verschiedene Aspekte, sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland berücksichtigen und an aktuelle Ereignisse angepasst werden. Sie soll Schülerinnen und Schülern nicht nur einen Blick auf die Vergangenheit gewähren, sondern soll Handlungsoptionen für die Gegenwart und die Zukunft aufzeigen. Dies wird durch reflektiertes und kritisches Auseinandersetzen mit Informationen, sowie aktiver Beteiligung an Diskussionen und gesellschaftlichen Kontroversen erreicht. Bei dieser Arbeit soll der Fokus auch auf den Wandel der Bewertung und Auseinandersetzungen rund um zentrale weltgeschichtliche Ereignisse und historischer Schuld und individueller Verantwortung gelegt werden. Außerdem soll besonderer Wert auf das selbstständige Arbeiten gelegt werden wie zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte, aber auch durch Arbeit mit außerschulischen Partner\*innen. So erlernen Schüler\*innen Kompetenzen, die durch einen moralischen Imperativ niemals hätten vermittelt werden können. Diese Art der Erinnerungskultur fördert einen sensibleren Umgang mit der Vergangenheit und wirft den Blick auf die Teile der Welt in der keine demokratischen Werte und Menschenrechte gelebt werden und immer noch kriegerische Auseinandersetzungen herrschen. Durch das aktive Erinnern entwickeln Schüler\*innen Empathie und Respekt gegenüber Opfern und Menschen mit Zivilcourage, außerdem setzen wir Zeichen für Menschenrechte, Demokratie und inter-/transkulturelle Verständigung.

Antrag A1	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	14	1	3	angenommen

## TOP 8 Entlastungen des Landesvorstands und der Bundesdelegation\*

Der Landesvorstand gibt in Form einer Erklärung für die zu Entlastenden Rechenschaft ab.

Entlastungen: (Ja-Nein-Enthaltungen)

FunktionsträgerIn		Ergebnis
LaVoMi	Alena Schuler	Ja: MaS Nein: 0 Enth.: 1
LaVoMi	Arnon Lahwpech	Ja: MaS Nein: 0 Enth.: 0
LaVoMi	Daniel Haag	Ja: MaS Nein: 0 Enth.: 6
LaVoMi	Gabriela-Maria Weiß	Ja: MaS Nein: 0 Enth.: 6
LaVoMi	Lena Senn	Ja: 0 Nein: 6 Enth.: MaS
BuDeli	Marvin Müller	Ja: MaS Nein: 0 Enth.: 1

→ Alle entlastet außer Lena Senn.

## TOP 12 Wahlen zum Landesvorstand\*

KandidatInnen der 67. LSK: Marius Busalt, Nora Orlob, Cordel Schwarz, Helena Riedel → Blockwahl Ja: MaS Nein: 0 Enth.: 0 → alle gewählt

→ 5 min Pause

**Wahl einer Wahlkommission:**

Name	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Téa Hof				
Alex Kouril				
Paula Engel				
Arnon Lahwpech				
Blockwahl	MaS	0	1	alle gewählt

**1. Wahlgang:**

Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der Ja-Stimmen auf sich vereinigen kann.

Abgegebene Stimmen:	davon gültig:	davon ungültig:
20	20	0

Name	Ja	Nein	Enth.
Hannah Schumacher	8	7	5
Jilyara Funk	4	11	5

Gewählt wurde: Niemand

- Ruf zur Sache
- GO-Antrag Schließung Redeliste -> Inhaltliche Gegenrede Ja: 9 Nein: 1 Enth.: 4
- GO-Antrag in die 3. Lesung -> Ja: 14 Nein: 2 Enth.: 4
- Verfahrensvorschlag: direkt zum 3. Wahlgang übergehen → keine Gegenrede

**3. Wahlgang:**

Gewählt ist, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen hat. Sollte dies für mehr KandidatInnen gelten, als im Landesvorstand Plätze frei sind, nur für die mit der jeweils höchsten positiven Stimmendifferenz, welche sich aus den Ja-Stimmen abzüglich der Nein-Stimmen ergeben.

Abgegebene Stimmen:	davon gültig:	davon ungültig:
20	20	0

Name	Ja	Nein	Enth.
Hannah Schumacher	10	8	2
Jilyara Funk	5	11	4

Gewählt wurde: Hannah Schumacher

### TOP 3 Wahlen zur Bundesebene\*

Kandidatin der 67.LSK: Arina Belov → Ja: 19 Nein: 0 Enth.: 0 → gewählt

### TOP 2 Anträge an die 67. LSK\* (weiter)

#### **Antrag VA 12: Umsetzung des Beschlusses der 56. LSK**

Antragsteller: Julian Baumann, Friedrich-Magnus-Schwerd-Gymnasium Speyer

Antragstext:

Die LSV beauftragt den Landesvorstand, den auf der 56. LSK beschlossenen Antrag "Börse für BLL-Themen zur Unterstützung von SVen und Realisierung von SV-Projekten" zeitnah umzusetzen und die Gründung der angesprochenen Börse zu initiieren. Bei Bedarf soll dafür ein LAK eingerichtet werden. Außerdem werden auch Facharbeiten und ähnliche Publikationen aufgenommen.

ÄA1: Streiche Z.3 Bei Bedarf bis Z.4 eingerichtet werden. → Abstimmung: Ja: 1, Nein: 10, Enth.: 8 → abgelehnt

Antrag VA 12	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	2	5	13	abgelehnt

#### **Antrag VA 11: Medienbildung**

Antragstellerin: Anna-Claire Nothof

Antragstext: *Die 67. LSK möge beschließen:* Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz setzt sich verstärkt für bessere Medienbildung an Schulen ein.

Änderungsanträge an die 68.LSK:

ÄA1 Ergänze Antragstext durch Begründung. → von Antragstellerin übernommen

ÄA2 Streiche Z.5 von zusätzlich bis Z.7 soll. → von Antragstellerin übernommen

Antrag VA 11	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Endabstimmung	12	0	2	angenommen

#### **Antrag VA14: Hausaufgaben abschaffen. Jetzt!**

AntragstellerInnen: Lukas Böhm, Jessica Lein

Antragstext: *Die 67. LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:*

Hausaufgaben sollen in ihrer jetzigen Form abgeschafft werden. Sie sind in Form von Schulaufgaben in den Unterricht zu integrieren. Hierzu soll eine Kombination aus einer betreuten Stunde „Selbständig-Orientiert-Lernen“ (SOL) pro Woche angestrebt werden, welche die Möglichkeit bietet Fragen zu klären, und optionale Übungsaufgaben zu bearbeiten, die dazu dienen, Unterrichtsinhalte zu wiederholen. Die Lehrer\*innen erfüllen hier mehr die Aufgabe eines\*r Lernbegleiters\*in, als dass sie die Stunde leiten. Das Nicht-Erledigen freiwilliger Übungsaufgaben darf nicht (negativ) in die Bewertung eines\*r Schülers\*in eingehen.

Änderungsanträge an die 68.LSK:

ÄA1 Ergänze in Z.3: "sofern eine angemessene Arbeitsatmosphäre gewährleistet werden kann." → Abstimmung: Ja: 4, Nein: 8, Enth.: 5 → abgelehnt

Antrag VA 14	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
ÄA1	4	8	5	abgelehnt
Endabstimmung	14	1	4	angenommen

→ GO-Antrag auf Behandlung VAF1 im Frauenplenum

**Antrag VF 1: Änderung des Frauenstatuts**

AntragstellerInnen: Nora Orlob, Jim Preuß

Antragstext: *Ersetze folgenden Text aus dem Frauenstatut*

„§ 1 Der Landesvorstand

1. Dem Landesvorstand gehören mindestens 50% weibliche Mitglieder an.
2. Schülerinnen- und Frauenpolitik stellt für den Landesvorstand einen kontinuierlichen Arbeitsschwerpunkt dar."

*durch*

„§ 1 Der Landesvorstand

1. Der Landesvorstand setzt sich im gleichen Verhältnis aus Frauen wie Männern zusammen.
2. Schülerinnen- und Frauenpolitik sowie Gleichberechtigung stellt für den Landesvorstand einen kontinuierlichen Arbeitsschwerpunkt dar."

Änderungsanträge an die 68.LSK:

ÄA1: *Ergänze* „Falls die Gesamtzahl der zu besetzenden Plätze ungerade ist, wird der übrig gebliebene Platz durch eine Schüler\*in besetzt.“ → von den AntragstellerInnen übernommen

Antrag VF1	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Endabstimmung	12	3	4	angenommen

**Antrag VF 2: Gleichberechtigung in allen Gremien!**

Antragstellerin: Anna-Claire Nothof

Antragstext:

*Ergänze das Frauenstatut um folgenden Paragraphen, welcher nach der nächsten Sitzung des Landesrates in Kraft tritt:*

§4 Der Landesrat (*ehem. §4 wird als §5 weiternummeriert und bleibt weiterhin unberührt*)

Die Aufgaben des Landesrats umfassen die Kontrolle des Landesvorstandes, sowie dem Beschluss des Haushalts. Um einer sinnvoll gewichteten Schülerinnen- und Frauenpolitik in der LSV zu gewährleisten ist das SprecherInnenteam mit mindestens einer Frau zu besetzen.

Des Weiteren sind die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen dazu angehalten, bei der Benennung ihrer Delegierten darauf zu achten, dass ein/e stellvertretende/r Delegierte/r benannt wird und unter dieser zweiköpfigen Delegation mindestens eine Frau ist.

Änderungsanträge der 67. LSK:

ÄA1: Ersetze in Zeile 3 „Frauenpolitik“ durch „Geschlechterpolitik“; Ersetze in Zeile 4 „mit mindestens einer Frau zu besetzen“ durch „mit zwei verschiedenen Geschlechtern besetzt werden.“; Ersetze in Zeile 4 „ist“ durch „soll“; Ersetze in Zeile 8 „mindestens eine Frau ist“ durch „jeweils nur ein\*e Vertreter\*in jedes Geschlechts ist“ → von Antragstellerin übernommen

ÄA2: Ändere in Zeile 3 in „Um einer sinnvoll gewichteten Schüler\*innen und Frauenpolitik sowie Genderpolitik in der LSV zu gewährleisten [...]“ → von Antragstellerin übernommen

Antrag VF2	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Endabstimmung	13	1	1	angenommen

Alle nicht behandelten Anträge fallen weg. Die Anträge an die 68. LSK werden auf die 69. LSK in Wiesbaden vertagt.

TOP 26 Abschlussplenum

Präsidium ruft zum Aufräumen auf. Offene Fragen werden geklärt.

Der Landesvorstand 15-16 bedankt sich bei den Delegierten, den GeschäftsführerInnen und der FSJlerin für die tolle LSK. Das Präsidium bedankt sich für die tolle LSK, bei allen die dazu beigetragen haben.

Die 68. LandesschülerInnenkonferenz wird um 19:10 Uhr geschlossen!

Osthofen, den 09. Juli 2016

für die Richtigkeit:

Anna-Claire Nothof  
Präsidentin

Marius Busalt  
stv. Präsident

Helena Riedel  
techn. Assistenz

Liza Leixner  
stv. techn. Assistenz

Jasmin Polusik  
Protokollantin

Paula Engel  
stv. Protokollant in